

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Die Abonnementpreise sind monatlich 2.00 Mark, vierteljährlich 5.00 Mark, halbjährlich 9.00 Mark, jährlich 16.00 Mark. Bei der Bestellung ist die Zahlungsmethode anzugeben. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigerliste veröffentlicht. Die Anzeigen werden in der Regel am Montag vor dem Erscheinen des Blattes angenommen. Die Anzeigen werden in der Regel am Montag vor dem Erscheinen des Blattes angenommen.

Nr. 125.

Mittwoch, den 1. Juni 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Ein demnächst erscheinendes Weißbuch des Untersuchungsausschusses des Reichstages enthält wichtige neues Material gegen Deutschlands angelegte Schuld am Kriege.

Wie wir erfahren, ist die Liste der zu entwerfenden Selbstschutzorganisationen der Entente überreicht und damit die uns im Ultimatum gestellte Frist eingehalten worden.

In der französischen Kammer erklärte Finanzminister Doumer auf eine Anfrage, die Kosten für die Mobilisierung der Jahresklassen 1919 fallen Deutschland zu.

Wie aus Tokio gemeldet wird, haben bolschewistische Streitkräfte unter General Kappel Wladimiroff kampflös eingenommen. Die Japaner verhielten sich neutral.

Daily Express meldet, die Sitzung des Obersten Rates in Boulogne werde zum mindesten nicht vor 10 Tagen stattfinden können.

Wie Deutscher berichtet, ist die letzte englische Note an Frankreich zur Oberschlesischen Frage in einem dringenden, ja energischen Tone gehalten.

Dr. Wirth und seine Parlamentsmehrheit.

Kein Mensch wird bestreiten, daß in einem demokratischen Staatswesen eine Regierung nicht bestehen kann, die nicht im Parlament eine ausreichende Mehrheit auf ihr Programm zu vereinigen vermag. Es ist daher an sich begreiflich, daß in der Presse zurzeit ein großes Mißtrauen darüber angezettelt wird, wie sich der neue Reichskanzler Dr. Wirth für seine gewaltige Aufgabe der Durchführung des Ultimatums im Reichstage die erforderliche Unterstützung durch die Parteien sichern will, und es ist dabei nicht uninteressant, daß Betrachtungen über dieses Thema mit besonderem Eifer im deutschnationalen Lager gepflogen werden, wo man gern ins Feine darüber kommen möchte, ob man auf die Deutsche Volkspartei weiter zählen kann oder nicht. Nun stehen die Dinge bekanntlich so, daß die in der jetzigen Regierung vereinigten drei Parteien des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten nicht stark genug sind, um eine ausreichende parlamentarische Basis für die Politik des Reiches aufzubringen. Dr. Wirth muß also entweder nach rechts oder nach links hin nach Unterstützung ausschauen, und das bedeutet in dem einen Fall die Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei zur Regierung, und im anderen die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Neutralität durch die Unabhängigen. Die Unabhängigen haben durch Ledebour erst dieser Tage wieder jede Zusammenarbeit mit überparteilichen Parteien abgelehnt, und so kommt also eine feste Bindung in Gestalt ihres Hinzutritts zur Regierungskoalition nicht in Frage. Das Merkwürdige ist nun, daß man bis zur Stunde noch nichts davon gehört hat, wie Dr. Wirth sich zu entscheiden gedenkt, obgleich er hat bekanntgeben lassen, daß er am heutigen Mittwoch vor dem Reichstag sein Programm entwickeln würde. Demnach sieht es so aus, als ob er entwerfend einer von ihm gemachten Andeutung zunächst überhaupt keinen Druck zur vorherigen Herstellung einer parlamentarischen Mehrheit ausüben wird, sondern den Parteien das ganze Gewicht der Verantwortung überlassen möchte, die ihre Entscheidung völlig unbeeinträchtigt eben auf Grund des von Dr. Wirth unterbreiteten Programms fällen sollen. Träte die Annahme zu, so würde man ihm jedenfalls einen gewissen Mut nicht absprechen können, und es wird bei der Deutschen Volkspartei in erster Linie sein, sich vor ihren letzten Entschlüssen die Entwicklung klar zu machen, die sie selber gegebenenfalls heraufzuführen. Es scheint, als ob Dr. Wirth des Zentrums dank der Haltung der Deutschen Volkspartei ziemlich sicher sein darf, selbst wenn er den Kurs nach links steuern sollte. Man dürfte innerhalb des Zentrums dem Reichskanzler vor allem auch dahin bestimmen, daß die jetzige Regierungspolitik auf lange Sicht zu machen gezwungen ist, und daß also die Parteigruppierung, die sich im Verlauf der bevorstehenden Programmdebatte entwickelt, kaum sobald durch eine andere abgelöst werden dürfte.

Die gestrige Kabinettsitzung beschäftigte sich mit der Formulierung der bevorstehenden Regierungserklärung. In ihr wurden auch die vom Reichsfinanzministerium und vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Vorschläge für die Abdeckung der Reparationsverpflichtungen durchgesprochen und ergebnisberathend. Man nimmt an, daß das Kabinett schon in den nächsten Tagen zu entscheidenden Entschlüssen kommen wird. Weiterhin ist zu erwarten, daß schwebende Personalfragen in Kürze ihre Lösung finden werden. Die Verhandlungen mit dem Direktor der Deutschen Bank Strauß wegen Uebernahme des Reichsfinanzministeriums sind noch nicht abgeschlossen, doch gilt in politischen Kreisen der Abschluß als nahe bevor-

stehend. Eine Kandidatur des Mittelhaders der Kölner Eisenwerkfirma Wolff u. Strauß, Geheimrat Strauß, dürfte jedenfalls nicht mehr in Betracht kommen. Der bisherige Pressesekretär der Reichsregierung Ministerialdirektor Heilbron wird voraussichtlich in nächster Nähe des neuen Außenministers, wahrscheinlich als Rabinettschef, Verwendung finden. Weitere Personalveränderungen innerhalb des Auswärtigen Amtes dürften bevorstehen.

Scheidemanns Reparationsprogramm.

In einer sozialdemokratischen Versammlung in Dresden wandte sich Abg. Scheidemann gegen eine allzu schwere Belastung der Volksmassen durch neue Steuern. Eine Erhöhung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters würde gerade unsere Besten zur Auswanderung treiben und damit unsere Industrie schwächen. Unsere Forderungen an die Militierten sollten vor allem durch Ersparnisse im Staatshaushalt und durch Steigerung der Ertragskraft der Industrie aufgebracht werden. Die Steigerung der Erträge der Industrie läßt sich nach Scheidemanns Ansicht ohne Schädigung der Arbeiter und selbst ohne eine derartige Herabsetzung der Unternehmergewinne erzielen, die für die Unternehmer unerträglich wäre, und zwar auf folgende Weise:

1. durch Erweiterung der Produktion,
2. durch technische Verbesserung, bessere Organisation und Regelung der Produktion und des Verkehrs, wobei die Vereinigten Staaten von Nordamerika Vorbild sein können,
3. durch Kontrolle unseres Außenhandels, zu dem Zweck, den Preisdruck unserer Privatindustrie auf dem Weltmarkt zu vermindern und uns den hohen Weltmarktpreis zugute kommen zu lassen.

Diese Ziele, so führte Scheidemann weiter aus, ließen sich durch Bildung von großen Produktionskonzernen unter Mitbeteiligung des Staates, der Genossenschaften und sonstigen öffentlichen Körperschaften erreichen. Freilich könne das nicht von heute auf morgen gemacht werden, aber mit fleißiger Steuerflücherei könnten unsere größten Aufgaben nicht erfüllt werden. Besonders sei ein solcher Konzern zu bilden, um unsere Sachleistungen an die Entente durchzuführen. Sei keine feste Mehrheit für ein unzweideutiges Programm der Regierung zu bekommen, dann müßte das Volk entscheiden, ob eine demokratisch-republikanische Vertretung uns von den übernommenen Verpflichtungen frei arbeiten lasse, oder ob die Franzosen in unser Land marschieren und wir endlosen Elend verfallen sollen.

Die ober-schlesische Frage.

Der Gegensatz zwischen England und Frankreich. In der ober-schlesischen Frage ist eine neue Wendung eingetreten. Frankreich hatte bekanntlich gewünscht, daß nicht der Oberste Rat, sondern ein Sachverständigenausschuß über das Schicksal Oberschlesiens entscheiden sollte. England dagegen wollte dem Obersten Rat, in dem es mit Italien und Amerika die Mehrheit hatte, die Entscheidung vorbehalten. Hiemlich unerwartet erklärte sich nun England bereit, dem französischen Wunsch auf Bildung eines Sachverständigenausschusses nachzukommen, dessen Zusammensetzung aber vorher vom Obersten Rat oder wenigstens von einer Konferenz in Paris geregelt werden sollte. Frankreich hält eine solche Vorbesprechung nicht für wünschenswert, und bis zu dieser Stunde ist der Meinungsaustausch zwischen beiden noch nicht beendet. Ein gewisses Zugeständnis Englands liegt zweifellos vor und wird auch schon durch den Rücktritt des englischen Bevollmächtigten in Oberschlesien Percival dokumentiert, dessen Vorschlag über die Grenzregelung bekanntlich noch weiter ging, als der des italienischen Vertreters. Auch das Projekt der Dreiteilung Oberschlesiens kann als nicht ernstlich für Deutschland betrachtet werden, da aus einer solchen zeitlich begrenzten Teilung gewöhnlich ein Dauerzustand wird. Man darf gespannt sein, wie weit Lloyd George schließlich sein Fair-Play-Versprechen halten wird, das er noch vor kurzem mit so großer Gesten abgab.

Die Dreiteilung Oberschlesiens.

Der neue Plan der Dreiteilung Oberschlesiens wird von deutschen Regierungskreisen für vollkommen unannehmbar gehalten. Man nimmt an, daß auch die deutsche Öffentlichkeit ihn auf das schärfste bekämpfen wird. Man fürchtet von der Durchführung eines solchen Planes, daß sie den nationalen Eifer in Oberschlesien für Jahre hinaus nicht zur Ruhe kommen lassen würde, und weiß darauf hin, daß nach dem Wortlaut des Friedensvertrages eine klare und eindeutige Entscheidung, die die wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen berücksichtigt und dem Ergebnis der Abstimmung Rechnung trägt, zu fällen ist. Im Auftrage der preussischen Staatsregierung ist der Staatssekretär Freund nach Oberschlesien gefahren, um sich über die Wirksamkeit der von Preußen durchgeführten Grenzsperrung ein Urteil zu bilden. Er hat festgestellt, daß trotz der geringen zur Verfügung stehenden Zahl der Sicherheitsbeamten die Grenze gegen alle unberechtigten Ueberschreitungen vollkommen gesichert ist. Eine

amtliche Mitteilung über den Rücktritt des Obersten Percival ist in Berlin noch nicht eingetroffen, doch ist es bekannt, daß das britische Mitglied der interalliierten Abstimmungskommission bereits seit längerer Zeit erkrankt ist. Ueber seinen Nachfolger ist eine amtliche Mitteilung ebenfalls noch nicht eingegangen. Man glaubt nicht, daß der Wechsel der Person einen Wechsel der englischen Politik in Oberschlesien bedeuten werde. Am 20. Mai ist den Militierten eine Note der deutschen Regierung übergeben worden, in der über das Ausbleiben der ober-schlesischen Kohlentransporte Klage geführt wird. Eine Antwort ist bisher noch nicht eingegangen.

Korfanty fordert zu friedlichem Verhalten auf. Wie aus Deutscher gemeldet wird, hat Korfanty einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

Volksgenossen! Wir haben von der interalliierten Kommission in Opatowitz die Mitteilung erhalten, daß die Leitung der deutschen Streitkräfte sich verpflichtet hat, alle ihre Aktionen gegen die polnischen Streitkräfte einzustellen, wenn die deutschen Streitkräfte gleichfalls nicht angegriffen werden. Die Oberleitung hat in unserem Auftrage den strengen Befehl erhalten, alle Aktionen an der Front einzustellen. Wer leichtfertig den Gegner angreift und dadurch das Zustandekommen des Waffenstillstandes unmöglich macht, wird mit der ganzen Strenge der Kriegsgesetze als Feind Polens und Schädling des ober-schlesischen Volkes behandelt. Volksgenossen! Der Freund erkennt dadurch, daß er die Einstellung der kriegerischen Handlungen vorschlägt, den unbedingten Willen des ober-schlesischen Volkes und seinen Sieg (!) an. Weiteres Vergleichen des teuren polnischen Wirtes wäre verbrecherisch. Die kriegerischen Aktionen sind beendet. Jetzt heißt es vor allem, die Größe unseres Sieges dauernd zu machen. (!) Wir erreichen das am leichtesten dadurch, daß wir Ruhe und Ordnung aufrechterhalten.

Poincaré warnt.

In der Revue des deux Mondes schreibt Poincaré, man müsse unbedingt das beschreiben, was man bisher unternommen habe. Man müsse aber auf die überreichten Konferenzen verzichten. Von beiden Seiten müßten alle Gegenstände durchgesprochen werden, die England und Frankreich trennten. Poincaré nennt als solche folgende: Oberschlesien, das Ruhrgebiet, die Lage der Bänder, die Frage von Konstantinopel, die Frage von Angora, die Frage von Emir Beis, die polnische und die russische Frage. Wenn man die Dinge weiter sich verschlechtern lasse, dann würden zwei große Nationen, die um jeden Preis zum Wohle der Menschheit vereint bleiben müßten, zu dem alten traditionellen Haß zurückkehren!

Die Beschränkung der amerikanischen Einwanderung.

W. W. Nach Pressemitteilungen hat der amerikanische Präsident am 19. Mai das Gesetz über die Beschränkung der Einwanderung unterzeichnet und ihm damit Wirksamkeit verliehen. Danach wird die Einwanderung auf die Dauer von fünfviertel Jahren auf 3 % der bereits in den Staaten anässigen fremden Bevölkerung nach der Zählung von 1910 beschränkt. Die Zahl der Zugelassenen beläuft sich auf etwa 866 000. Den Hauptteil stellt Nordwest-Europa, nämlich 202 000, während der Rest sich auf Süd- und Osteuropa verteilt. Unter dem hochqualifizierten westeuropäischen Einwandererkontingent hat England mit 77 208 Einwanderern, gleich 21,7 % der Gesamtzahl, die Führung; dann folgt Deutschland mit 75 040 = 21,1 %, an dritter Stelle stehen Skandinavien mit 87 511 = 10,5 Prozent. In der zweiten Einwanderergruppe hat Rußland (altes Gebiet) mit 51 974 = 14,8 % die Führung, daran schließt sich Oesterreich-Ungarn mit 40 117 = 14,1 % an und Italien folgt mit 40 294 = 11,8 % als drittes Land. Insgesamt betrug der jährliche Zuwachs an Eingewanderten, abzüglich Auswanderung aus den Staaten in den Fiskaljahre 1908: 209 867; 1918: 815 808; 1915: 50 070; 1919: 20 790 und im vergangenen Kalenderjahr wieder rund 891 000 Personen. Der Einwandererstrom ist also von 1908-1918 stark angewachsen, hat dann infolge des europäischen Krieges gewaltig abgenommen, um mit Kriegsende erneut wieder sehr erheblich anzuschwellen. Dabei hat es sich bei dieser Nachkriegseuwanderung gerade um Angehörige solcher Staaten gehandelt, die in der Kultur tief stehen, und deren politische Gestaltung der Union höchst willkommen sein mußte. Während nämlich vom nordamerikanischen Kontinent ein dauernd zunehmender Strom solcher Personen nach Europa geht, die dort in besseren niedrigen Stand der verschiedenen Währungen ausnützen wollen, um gut und billig zu leben, drängen sich vor allem aus den kulturell minderwertigen osteuropäischen Staaten wachsende Massen zur Einwanderung nach Amerika. Da man nun außerdem nach Herstellung des Friedenszustandes, auch mit einer starken deutschen Auswanderung rechnet - die Zahl der Auswanderungslustigen wird auf 2 Millionen angegeben - so müßte man sich drüber freuen beunruhigt über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer solchen Einwanderung. Diese Besorgnis fand ihren Niederschlag in der schon unter der Präsidentschaft